

Wildenberger Rundschau

Ausgabe 1.2017

Liebe Wildenbergerinnen und Wildenberger,

das neue Jahr hat begonnen, eigentlich sind wir schon wieder mittendrin. Die CSU hat vor einigen Wochen ihren traditionellen 25. Neujahrsempfang mit dem Bezirkstagspräsidenten von Niederbayern begangen. Begleitet wurde der Neujahrsempfang von den Jungkünstlern Geschwister Konstantin, Marius und Julia Priller, sowie den Geschwistern Laurin, Janik und Noah Atzenbeck, vom schwarzen Blech, einer CSU-eigenen Blaskapelle, und von den Hubertusschützen Pürkwang. Der Abend war sehr schön zusammen mit über 100 Gästen. Auch die Arbeit im Gemeinderat ist schon wieder voll im Laufen, hier wird sich der Gemeinderat bald mit den verschiedensten Themen zur Weiterentwicklung der Gemeinde beschäftigen. Wir dürfen nach vorne schauen. Uns Bürgern in Bayern geht es in der Regel sehr gut. Bayern ist das Land, um das uns viele der anderen 15 Bundesländer beneiden.

Mehr Lebensqualität auf dem Land

In verschiedenen Befragungen in den vergangenen Jahren kam heraus, dass das Leben auf dem Land als attraktiv empfunden wird und viele Menschen gerne im Grünen wohnen wollen. Leben auf dem Land bietet enorm viel Lebensqualität. Die Natur mit Wald und Wiese lockt, so beginnt der sonn-tägliche Spaziergang in sauberer und frischer Luft direkt vor der eigenen Haustür. Die Verkehrsbelastung ist vergleichsweise gering und in idyllischer Stille lässt sich herrlich vom stressigen Berufsalltag entspannen.



Dazu kommt, dass die Tomaten und Gurken aus dem eigenen Anbau wesentlich besser schmecken, als die lastwagengereiften Massenprodukte aus den holländischen Großgewächshäusern. Auf dem Land können zudem geliebte Haustiere wie Hund und Katze mit viel Auslauf artgerecht gehalten werden. Man kann in der Regel Feste feiern, wie sie fallen. Im eigenen Haus beschwert sich kein unmittelbarer Nachbar über Ruhestörung. Vor allem das soziale Miteinander in den örtlichen Vereinen und die Nachbarschaftshilfe werden hier am Lande noch groß geschrieben, denn jeder kennt jeden. Darüber hinaus ist der Lebensunterhalt auf dem Land günstiger. Der

Reigen ließe sich noch beliebig fortsetzen. Eines ist jedoch sicher: Auch auf dem Land sind in vielen Bereichen kreative Lösungsansätze vonnöten.

Das Thema Leerstände wichtig

Das Thema Leerstände ist in der Stadt aber auch auf dem Land von wachsender Bedeutung. In immer mehr Dörfern stehen Gebäude leer, die von den Nachfolgern nicht mehr benötigt werden. Auch in unseren Ortschaften sind meist aufgrund des demografischen Wandels Häuser und ganze Höfe verlassen und liefern ein trostloses Bild. Trotzdem fehlt es auch im ländlichen Raum oftmals an geeignetem Wohnraum. Viele private Grundstücke liegen brach. Der Schuh drückt also in doppelter Hinsicht. Einerseits herrscht im Freistaat insgesamt ein enormer Flächenverbrauch durch Neu- und Straßenbau, neue Baugebiete werden dabei vor allem auf der grünen Wiese erschlossen. Zum anderen leeren sich die ländlichen Ortskerne zunehmend bzw. leben dort mittlerweile vorwiegend ältere Personen.

Intelligentes Flächenmanagement notwendig

Um diese Entwicklung zu reduzieren, ist ein intelligentes Flächenmanagement sinnvoll, um allen Beteiligten Hilfestellung dadurch zu bieten. Ein derartiges Projekt ist zwischenzeitlich in einigen Modellkommunen gestartet. Ziel dort ist, durch die Sammlung von Daten über Leerstände und Verkaufsabsichten letztendlich mehr Wohnraum zur Verfügung zu stellen – auch für die Gruppe der Einpendler. Damit sollen auch innerörtliche Baulücken geschlossen werden und mehr Leben in die Ortskerne kommen. Dabei sind wir uns doch durchaus bewusst, dass diese Maßnahmen mit viel Arbeit und etwas Geduld verbunden sind. Denn gerade vor dem Hintergrund der Niedrigzinspolitik ist gegenüber den Immobilienbesitzern große Überzeugungsarbeit zu leisten. Dies ist jedoch notwendig und sinnvoll, denn insgesamt soll eines erreicht werden: Der ländliche Raum ist zu stärken, die Lust aufs Land weiter zu wecken und den Menschen dort eine liebens- und lebenswerte Zukunft mit all ihren Vorzügen zu ermöglichen.



Ihr Winfried Roßbauer
CSU-Ortsvorsitzender
im Namen der Ortsvorstandschaft

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,,

auf Druck der CSU hat Bundesumweltministerin Hendricks letzte Woche ihre unsägliche ‚Bauernregel‘-Kampagne gestoppt und sich bei den Bauern entschuldigt. Das war überfällig, kann aber den entstandenen Schaden nicht mehr aus der Welt schaffen.



Mit verschiedenen Sprüchen wurde den Bauern etwa unterstellt, Tierschutz zu vernachlässigen, Äcker und Grundwasser zu vergiften und die Lebensräume von Wildtieren zu vernichten. So werden überkommene Vorurteile bedient und Feindbilder aufgebaut, die nicht in unsere Zeit passen. Und das auch noch auf Kosten der Steuerzahler. Denn sie sind es, die letztlich für die Millionenkosten von Sprüchen wie „Zu viel Dünger, das ist Fakt, ist fürs Grundwasser beknackt“ aufkommen müssen. Es ging hier eindeutig nicht darum, tatsächlich vorhandene Probleme ernsthaft zu erörtern, sondern einen ganzen Berufsstand auf niedrigstem Niveau zu diffamieren. Gerade auch in unserer ländlichen Heimatregion Landshut-Kelheim werden diese Fragen immer sehr sensibel diskutiert.

Einerseits schwadroniert der Kanzlerkandidat der SPD über Gerechtigkeit und Respekt für hart arbeitende Menschen, andererseits zieht die SPD-Umweltministerin unsere hart arbeitenden Bäuerinnen und Bauern pauschal in den Dreck. Das passt nicht zusammen! Bis heute hat man vom Kanzlerkandidaten dazu kein Wort gehört. Einen Wahlkampf ohne Inhalte werden wir ihm aber nicht durchgehen lassen. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf zu wissen, wofür Herr Schulz steht.

Bei uns ist klar: Wir als CSU stehen fest an der Seite unserer Bauern und aller hart arbeitenden Menschen – ohne Einschränkung.

Ihr


Florian Oßner, MdB

Die Migrationskrise ist nicht vorbei - Ein Jahr nach der Westbalkankonferenz

von **Sebastian Kurz**, österreichischer Außenminister, und **Manfred Weber**, Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament*

In den letzten beiden Jahren sah sich Europa mit einer bisher beispiellosen Migrationswelle aus dem Nahen Osten, Asien und Afrika konfrontiert, die Europa wie kein anderes Thema beschäftigt hat. Die ab Sommer 2015 immer schneller werdenden Migrationsströme und der Kontrollverlust der staatlichen Behörden haben in weiten Teilen unserer Gesellschaften tiefe Beunruhigung ausgelöst, die nach wie vor spürbar ist. Ein

zu lange praktiziertes „Durchwinken“ über die Balkanroute hat zu einem schwer und nur langsam wieder gutzumachenden Vertrauensverlust unserer Bürger in die Problemlösungsfähigkeit der Politik zur Folge.

In enger Kooperation mit den Westbalkanstaaten und hier insbesondere Mazedonien und Serbien wurde auf österreichisches Betreiben hin mit der Wiener Westbalkankonferenz am 24. Februar 2016 diese Politik des „Durchwinkens“ beendet und zugleich ein wichtiges Signal in die Herkunfts- und Transitländer gesandt. Mit der weitgehenden Schließung der Westbalkanroute ist es gelungen, den ersten entscheidenden Schritt zur Entlastung der am meisten betroffenen Aufnahmestaaten zu setzen. Zusammen mit dem später vereinbarten EU-Türkei-Abkommen konnten die Migrationsströme massiv reduziert werden. Die Zahlen bestätigen die unbestrittene Effektivität: Die irregulären Ankünfte in Griechenland sanken in den letzten vier Monaten 2016 um 98 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum. Zuletzt wurden im Dezember 2016 nur mehr rund 1.150 solche Ankünfte gezählt, während es ein Jahr zuvor noch über 109.000 waren. Heute kommen über die Balkanroute in vier Monaten im Schnitt so viele wie 2015 an zwei Tagen.



Es braucht für eine nachhaltige Lösung der Migrations-thematik ein entschlossenes und koordiniertes Vorgehen Europas und eine enge Kooperation mit unseren Nachbarn, wie etwa der Türkei. Allerdings darf sich Europa keinesfalls – vor allem auch angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen in der Türkei – in eine Abhängigkeit gegenüber Drittstaaten begeben. Es braucht eine gesamteuropäische Kraftanstrengung, um zukunftsfähige Lösungsansätze zu entwickeln und rigoros durchzusetzen.

Die Schließung der Westbalkanroute war ein bedeutender Etappenerfolg. Dies wird aber auf Dauer nicht ausreichen. So hat etwa der von Schleppern und Menschenhändlern angetriebene Zuzug über die lebensgefährliche Mittelmeerroute im Jahr 2016 mit rund 181.000 Ankünften in Italien - vor allem aus Afrika - wieder massiv zugenommen. In Anbetracht des rapiden Bevölkerungswachstums zahlreicher afrikanischer

Staaten ist das gewiss kein Grund, von einer Entspannung zu sprechen.

Wir fordern:

1. Der effiziente Schutz der EU-Außengrenzen bleibt Voraussetzung für eine EU ohne innere Grenzen.
2. Dem Sterben im Mittelmeer muss ein für alle Mal ein Ende gesetzt werden.
3. Die Politik des „Weitertransports“ nach Mitteleuropa muss gleichzeitig beendet werden. Derzeit erledigt Europa unfreiwillig die Arbeit der Schlepper, indem es nach der Rettung von nicht hochseetauglichen, überfüllten Booten vor der Küste Libyens Migranten nach Europa weitertransportiert.
4. Es darf nicht mehr kriminellen Schlepperorganisationen überlassen bleiben, wer es nach Europa schafft und wer nicht.
5. Es braucht mehr Hilfe vor Ort und eine verbesserte Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern im Bereich der Rückübernahme - durch Anreize, wenn notwendig auch negative Anreize.
6. Das europäische Asylsystem muss reformiert und in Richtung begrenzte Flüchtlingskontingente über „Resettlement-Programme“ (mit Sicherheitschecks vor Einreise) weiterentwickelt werden.

Wir wollen keine Abschottung Europas. Im Gegenteil: Die Überlastung des Asylsystems mit Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben benachteiligt jene, die tatsächliche Fluchtgründe im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention haben. Die nun oftmals überlasteten Sozial- und Integrationssysteme führen zudem bei vielen der Angekommenen zu Enttäuschung und Frustration.

Flüchtlingsen muss - unter Berücksichtigung der Aufnahmekapazitäten unserer Gesellschaft - auf effizienterem Wege geholfen werden. Zugleich muss Europa eine selbstbestimmte Asylpolitik auf die Beine stellen, mit der illegale Migration besser bekämpft wird. Nur so können wir uns die große Errungenschaft des nach innen grenzenlosen Europas bewahren und weiter gestalten.

**gemeinsamer Gastbeitrag, erschienen im Münchner Merkur*

Zwischenbilanz nach einem halben Jahr Bayerisches Betreuungsgeld

(von Carola Bachhuber)

Das Bayerische Betreuungsgeld wird in keinem anderen Bundesland als Landesleistung fortgeführt. Bayern unterstützt dadurch jedoch die Wahlfreiheit für die Eltern. Sie allein entscheiden, ob sie ihre ein- und zweijährigen Kinder selbst betreuen oder in eine öffentlich geförderte Kinderbetreuung geben wollen. Die Familien werden dabei unterstützt, egal, welche Entscheidung sie treffen. Bayern sieht sich deshalb als Familienland Nummer 1.

Betreuungsgeld wird verlässlich fortgeführt

Obwohl das Bundesverfassungsgericht das Bundesbetreuungsgeldgesetz wegen fehlender Gesetzgebungskompetenz des Bundes für nichtig erklärt hat, wurde die nahtlose Fortführung des Betreuungsgeldes in Bayern, also mit Rückwirkung auf den 1.1.2015, als ein Signal für die Verlässlichkeit an die Eltern in Bayern gesehen. Diese nahtlose Fortführung war richtig, denn allein im Übergangszeitraum beantragten über 72 500 Eltern mit ein- und zweijährigen Kindern das Bayerische Betreuungsgeld. Über 96 % dieser Anträge wurden vorbeschrieben.

Bayernweit ein voller Erfolg

Seit Inkrafttreten des Bayerischen Betreuungsgeldgesetzes haben rund 173 000 Eltern einen Antrag vom Zentrum Bayern Familie und Soziales zugesandt bekommen. Knapp 129 000 Eltern beantragten das Bayerische Betreuungsgeld. Zwischenzeitlich wurden rund 112 500 Bewilligungen ausgesprochen, 121 Mio. Euro wurden bereits an die Eltern ausbezahlt. Das heißt, insgesamt beantragen knapp 75 % der Eltern in Bayern mit ein- oder zweijährigen Kindern das Bayerische Betreuungsgeld.

Im Jahr 2016 standen 160 Mio. Euro für das Bayerische Betreuungsgeld zur Verfügung, für den Doppelhaushalt 2017/2018 sind 220 Mio. Euro bzw. 230 Mio. Euro für den Endausbau veranschlagt. Eine tolle Leistung, Bayern geht hier mit gutem Beispiel voraus.

Alternative und imagefördernde Kulturen in der Landwirtschaft

(von Winfried Roßbauer)

CSU-Mitglied Martin Forstner bewirtschaftet in Eschenhart in der Gemeinde Wildenberg 140 ha Acker, hat eine 900-KW-Biogasanlage und mästet Schweine. Auch an ihm ist die öffentliche Kritik am umfangreichen Maisanbau nicht spurlos vorbeigezogen. Aus diesem Grunde waren wir schon länger auf der Suche nach Alternativen und imagefördernde Kulturen in unserem Substratmix, so das Ziel des Junglandwirts. Auf einigen Standorten droht beim Mais außerdem Bodenerosion, die Betriebsflächen liegen im Tertiärhügelland und sind aus diesem Grund stark erosionsgefährdet. Besonders nach der Maissaat hatten wir in den vergangenen Jahren mit Problemen zu kämpfen, für die wir Lösungen suchen, so Martin Forstner. Neben der erosionsschützenden Dauerkultur Riesenweizengras schien auch die Silphie mit der tollen Blüte und hoher Ertragserwartung ideal für unseren Betrieb. Die hohen Kosten für das Pflanzgut und die aufwendige Pflanzung, für die der Betrieb weder über Technik noch über Erfahrung verfügte, ließen Forstner zunächst abwarten. Mit der nun einfachen und günstigen Aussaatmethode will er aber den ersten Schritt wagen. Auf 1,3 ha hat Forstner mit einer pneumatischen Drille 6 kg/ha Silphiesaatgut gesät. Der Reihenabstand blieb unverändert bei 12,5 cm. Das Abdrehen war, bedingt durch das großflächige, aber dünne Saatgut ein wenig aufwendig, so Martin Forstner. Aber wie

heißt es so schön: Probieren geht über studieren. Nach langem Probieren hat Martin Forstner nun die Maschineneinstellungen auf Feinsämereien wie Rapssaat umgestellt, das Abdrehen war damit deutlich unkomplizierter. Nach der flachen Silphieaussaat haben wir in einem zweiten Arbeitsgang den Mais gelegt, wobei hinsichtlich Reihenabstand keine Rücksicht auf die zuvor gesäte Silphie genommen wurde. Die Silphie lief sehr gut auf und steht momentan ideal mit 6 Pflanzen pro Quadratmeter. Die Deckfrucht Silomais hat der Betrieb wie üblich mit 20 cm Stoppelhöhe geerntet. Gegenüber klassischem Solo-Maisanbau konnten wir immerhin 80 % des üblichen Maisertrags ernten. Das ist mir die ganze Sache wert, stellt Junglandwirt Martin Forstner klar.

Ein starker Auftritt von Dr. Olaf Heinrich / Niederbayerns Bezirkstagspräsident findet klare Worte / viel Applaus für die jungen Künstler

(von Winfried Roßbauer)

Viele Gäste, darunter zahlreiche Ehrengäste konnte kürzlich CSU-Ortsvorsitzender Winfried Roßbauer zusammen mit MdEP Manfred Weber im Gasthaus Kellner in Pürkwang im Rahmen des 25. Neujahrsempfangs der Wildenberger CSU willkommen heißen. Der besondere Gruß der beiden galt Landrat Martin Neumeyer, Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, Bezirksrätin Hannelore Langwieser, zahlreichen Bürgermeistern, allen voran 1. Bürgermeisterin Marion Schwenzl, Vertretern der örtlichen Wirtschaft, wie Jennifer Bösl von der Sparkasse und Stefan Stiegler von der Raiffeisenbank Wildenberg, zahlreichen jungen Künstlern, wie den Geschwistern Konstantin, Marius und Julia Priller, sowie den Geschwistern Laurin, Janik und Noah Atzenbeck und den Hubertus-Schützen Pürkwang. Besonders freuten sich die beiden auch darüber, dass mit dem Schwarzen Blech wieder die CSU-eigene Blaskapelle dabei war.



Süßigkeiten erhielten die jungen Künstler aus der Gemeinde für ihre tollen Beiträge zum Gelingen des Abends. Dank sagten Dr. Olaf Heinrich, Landrat Martin Neumeyer, MdEP Manfred Weber, CSU-Ortsvorsitzender Winfried Roßbauer und Stellvertreterin Carola Bachhuber.

Ganz im Mittelpunkt des Neujahrsempfangs standen wieder die Ehrungen von Bürgern mit besonderem Engagement, vor allen Dingen in Vereinen und Verbänden. So erhielten den Ehrenamtstaler überreicht Erwin Lingauer vom Obst- und Gartenbauverein, Thea Rainer

vom Seniorenkreis, Thomas Hermann vom CSU-Ortsverband Wildenberg, Stefan Schneider von der Freiwilligen Feuerwehr Schweinbach und Sebastian Sperger mit seinem Jugendteam für die Freiwillige Feuerwehr Wildenberg. Alle hatten im abgelaufenen Jahr und weit zurück außergewöhnliche Leistungen für ihren Verein oder Verband erbracht. Dies wurde auch vom Bezirkstagspräsidenten Dr. Olaf Heinrich, vom CSU-Vorstandsmitglied Wolfgang Brich und vom CSU-Ortsvorsitzenden Winfried Roßbauer gewürdigt. Mit zu den ersten Gratulanten zählten 1. Bürgermeisterin Marion Schwenzl, Landrat Martin Neumeyer und MdEP Manfred Weber.



Den Ehrenamtstaler der CSU erhielten in diesem Jahr Erwin Lingauer vom Obst- und Gartenbauverein, Thea Rainer vom Seniorenkreis, Thomas Hermann vom CSU-Ortsverband, Stefan Schneider von der Freiwilligen Feuerwehr Schweinbach und Sebastian Sperger mit seinen jugendlichen Feuerwehrlern. Es gratulierten Dr. Olaf Heinrich, Bezirkstagspräsident, Bezirksrätin Hannelore Langwieser, Landrat Martin Neumeyer und Manfred Weber, MdEP, 1. Bürgermeisterin Marion Schwenzl, CSU-Vorstandsmitglied Wolfgang Brich und CSU-Ortsvorsitzender Winfried Roßbauer.

Danke für ihr Engagement

Die Entwicklung vor allen Dingen in den letzten Monaten beschäftigt viele Menschen in unserem Land und auch uns als gastgebende CSU sehr, so Ortsvorsitzender Winfried Roßbauer eingangs. Wir haben das Glück, hier in Bayern zu wohnen, Bayern steht heute so gut da, wie noch nie in seiner Geschichte, dies ist ein herausragender Erfolg, der zum großen Teil an uns allen gemeinsam liegt. Vor allen Dingen in Bayern engagieren sich viele für die Heimat, in den Familien, in Vereinen und Verbänden, in Kirchengemeinden, in der Feuerwehr, bei den Hilfsdiensten, im Sport, aber auch beruflich als Mittelständler oder Arbeitnehmer. Sie alle, so Winfried Roßbauer, bestimmen den Erfolg unseres Landes mit und für dieses Engagement möchte ich Ihnen allen ein herzliches „Vergelt’s Gott“ sagen.

Zahlreiche Herausforderungen auch 2017

Das neue Jahr, die Zukunft zu gestalten, heißt auch Verantwortung zu übernehmen, sich für unsere Gesellschaft einzusetzen und einen Beitrag zu einem demokratischen Miteinander zu leisten, stellte Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich fest. Das bedeutet, dass wir auch 2017 zahlreiche Herausforderungen meistern

müssen, wofür wir alle viel Kraft brauchen. Dass die Politik in Bayern erfolgreich ist, zeigt unter anderem auch, dass derzeit die höchste Erwerbsquote und die geringste Arbeitslosigkeit bundesweit herrscht. Vor allen Dingen Niederbayern ist die Aufsteigerregion schlechthin. So wurde in Passau eine Universität gegründet, Hochschulen, Technische Universitäten und die BMW-Ansiedlung, all das sind Dinge, die Bayern voranbringen. Im Bereich der Behindertenhilfe wurden zahlreiche Wohnheime, Werkstätten und Tagesstätten errichtet. Stolz könne Niederbayern auch auf seine fünf Thermalbäder sein. Trotzdem müsse man nach vorne blicken, so Heinrich. Um die innere und äußere Sicherheit zu verbessern, ist die Entwicklungshilfe zu steigern. Auch die Baukultur erwähnte Dr. Olaf Heinrich. So sei das Schloss Wildenberg mit seiner Geschichte ein wichtiges Bauwerk, das wieder mit Leben gefüllt werden sollte.

Wichtig ist, dass wir alle auch Veränderung wollen, jeder einzelne kann dazu beitragen. Mit einer Aussage von Giuseppe Tomari di Lampedusa beendete der Bezirkstagspräsident seine Ausführungen: Wenn wir wollen, dass alles bleibt, wie es ist, dann ist nötig, dass alles sich verändert.

Als MdL ideale Voraussetzungen / positive Zwischenbilanz des jungen Abgeordneten / Florian Hölzl, MdL bei Wildenberger CSU

(von Winfried Roßbauer)

Florian Hölzl, seit rund 100 Tagen als Nachrücker für den Abensberger MdL Martin Neumeyer in den Bayerischen Landtag eingezogen, zog kürzlich eine erste Zwischenbilanz seiner Tätigkeit im Bayerischen Landtag bei der Wildenberger CSU. Dabei informierte er, dass er nach seinem Studium als Jurist sowohl in einer Rechtsanwaltskanzlei wie dann auch im Landratsamt in Straubing tätig war. Dabei habe er vieles lernen und als Abteilungsleiter viele Entscheidungen treffen können. Zurzeit, so Florian Hölzl, laufe ein großer Umweltschutzprozess in Bayern. Diesen Prozess gab es zuletzt, als sich die Autoindustrie in Bayern durchsetzte.

CSU-Ortsvorsitzender Winfried Roßbauer, der den Gast im gut besuchten Gasthaus Stempflhuber willkommen hieß, freute sich darüber, dass mit Florian Hölzl, MdL, ein Abgeordneter aus der Nachbargemeinde Pfeffenhausen Informationen über seine Arbeit im Landtag gab.

Wie Florian Hölzl feststellte, sei Bayern eine Mobilitätsregion, allerdings müssen wir im Bereich Wissenschaft noch besser werden, so der Landtagsabgeordnete. Einzelne Wissenschaftsinitiativen müssen besser gebündelt werden. Voranzubringen ist die Breitbandförderung, die laut Beschluss des Landtages noch erhöht wurde. Damit soll das flache Land noch mehr ge-

fördert werden, ob dies beim Straßenausbau ist oder beim Ausbau des WLANs bzw. beim Thema Breitband. Derzeit laufen in unserem Gebiet vor allen Dingen viele Aktivitäten bezüglich Umfahrung von Mainburg, Weihmichl, Arth und Neuhausen. Zurzeit gibt der Bund viel Geld aus für Straßen, Ämter und Behörden, die dafür aber auch das entsprechende Personal benötigen, das die Arbeit bewältigt.

2000 zusätzliche Stellen bei bayerischer Polizei

Die Investition bei der Polizei sei dem Freistaat Bayern sehr wichtig. Auf Grund der immer größer werdenden Gefahren auch durch Anschläge soll auch das Polizeiaufgabengesetz geändert werden. Die Einführung der elektrischen Fußfessel ist beschlossene Sache, trotzdem gibt es in den Gesetzen noch Sicherheitslücken. So könne derzeit auf richterliche Anordnung zwar Telefon und SMS-Schreiberei überwacht werden, allerdings nicht das Schreiben von Whatsapp-Nachrichten. Beim sozialen Wohnungsbau sei er derzeit als einziger Niederbayer im Sozialausschuss, was ihm sehr gut gefalle, so Hölzl. Das größte Anliegen seiner Seite ist, dass alle Personen mitgenommen werden müssen und keiner der Bürger am Wegrand liegen bleibt. Auch die Stärkung der Ortskerne sei ihm eine wichtige Angelegenheit. Ein Brennpunkt der Gesellschaft sei zwischenzeitlich der immer knapper werdende Wohnraum. Deshalb versuchen Firmen, von der Landwirtschaft Grund aufzukaufen und daraus Kapital zu schlagen. Bauernland gehört jedoch in Bauernhand, so Hölzl. Kommunen sollen dagegen unterstützt werden, damit sie Bauland, welches benötigt wird, erwerben können. Dabei muss immer darauf geachtet werden, dass der Wohnraum finanzierbar bleibt (z. B. durch die Schaffung von Baukindergeld, je Kind 1.200 € pro Jahr). Der Fokus bei der Wohnungsbaupolitik soll so gelegt werden, dass auch ländliche Bereiche etwas davon haben.



Nach ausführlicher Diskussion bedankte sich CSU-Ortsvorsitzender Winfried Roßbauer (3. von rechts) bei Florian Hölzl (4. von rechts) mit einem Hopfensäckchen als Ruhekissen, er übergab es an Florian Hölzl mit dem Hinweis: „Wenn du mal nicht einschlafen kannst, rieche daran und du wirst schlafen so gut, wie nie zuvor.“

Anbindung von Schweinbach soll sicherer werden

(von Florian Oßner, MdB)

Die Gemeinde Wildenberg möchte die Anbindung des Ortsteils Schweinbach an die Bundesstraße 299 sicherer machen. Darum haben sich Gemeindevertreter um Bürgermeisterin Marion Schwenzl und ihren Stellvertreter Winfried Roßbauer gemeinsam mit Anwohnern kürzlich mit dem Bundestagsabgeordneten Florian Oßner – Mitglied des Verkehrsausschusses im Deutschen Bundestag – ein Bild von der Lage vor Ort gemacht. Das Ergebnis: Ein Ansatz könnte der Bau eines Linksabbiegestreifens gemeinsam mit einem Radweg entlang der Bundesstraße sein.

„So könnten wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen“, sagte Schwenzl. Denn der Wirtschaftsweg an der B299 muss laut Roßbauer, der dieses Treffen initiiert hatte, ohnehin erneuert werden. Ein weiterer Grund dafür, die Abbiegespur und den Radweg gemeinsam ins Auge zu fassen, ist die gerade erst abgeschlossene Sanierung der Bundesstraße. Es sei unwahrscheinlich und wirtschaftlich schwer vertretbar, dass für eine einzelne Maßnahme nun gleich wieder die Bauarbeiter anrücken und eine Baustelle einrichten, erklärte Oßner. Außerdem gestalteten sich die örtlichen Verhältnisse mit dem bewegten Gelände, den Wirtschaftswegen beidseits der Bundesstraße, einem Brückenbauwerk im Bereich der nördlichen Anbindung sowie den an die B299 anschließenden Hopfengärten an der südlichen Anbindung Schweinbachs schwierig, was die Umsetzung einer Abbiegespur sehr kostenintensiv werden lasse. Zudem sei der Straßenabschnitt statistisch nicht als Unfallschwerpunkt eingestuft. „Darum müssen jetzt vor Ort alle an einem Strang ziehen, um eine Verbesserung zu erreichen“, so der Verkehrspolitiker.

Gemeinsames Ziel verfolgen und Grunderwerb sichern

Vor Ort bestätigte sich für Oßner die geschilderte Gefahrenlage, dass es wegen der meist hohen Geschwindigkeiten der Fahrzeuge und wegen Überholmanövern oft zu gefährlichen Situationen an den Abbiegungen Richtung Schweinbach kommt. „Nun müssen sich die Bürger und Gemeinderäte in Wildenberg einig werden, ob sie eine Linksabbiegespur an der südlichen oder nördlichen Abzweigung von der B 299 möchten“, so Oßner. Dann müssten erste Gespräche mit den betroffenen Grundstückseigentümern geführt werden.

„Nur wenn alle Beteiligten das gleiche Ziel haben und der Grunderwerb sichergestellt ist, besteht die Möglichkeit, das Projekt erfolgreich beim Staatlichen Bauamt Landshut anzustoßen.“ Hierzu bekam er auch Rückendeckung von MdL Florian Hölzl.

Ein weiteres Thema war die weiter nördlich gelegene Kreuzung der B299 mit der Staatsstraße 2642 (Siegenburger Straße). Weil dort viele Unfälle passieren, strebt die Gemeinde eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 80 Stundenkilometer oder sogar den Bau eines Kreisverkehrs an. Oßner erklärte, dass ein Kreiselbau auf einer Bundesstraße grundsätzlich nur schwer umsetzbar sei, weil der überregionale Verkehrsfluss möglichst nicht unterbrochen werden sollte. Er nahm jedoch auch dieses Anliegen für weitere Gespräche mit der Straßenbauverwaltung auf, um hier Verbesserungen zu erreichen. Abschließend bedankten sich Schwenzl und Roßbauer beim Bundestagsabgeordneten Oßner für die offene und angeregte Aussprache.



Bei der Besichtigung vor Ort wurde die Situation auch MdB Florian Oßner (2. v. rechts) sowie MdL Florian Hölzl aus Pfeffenhausen (3. v. links) bewusst. Überzeugend brachten Bürgermeisterin Marion Schwenzl und 2. Bürgermeister Winfried Roßbauer die Argumente vor, die für eine Abbiegespur nach Schweinbach sprechen.



Begrüßung der Gäste durch Bürgermeisterin Marion Schwenzl am Gasthaus Hochneder in Schweinbach